



Themen der Stadtverordnetenversammlung

Montag, 17. Juli 2023, 19.30 Uhr, Rathaus Rodgau, Jügesheim, Sitzungssaal

BADESEE - NAHERHOLUNGSKONZEPT

Die Stadtverordnetenversammlung hat die Magistratsvorlage zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nieder-Roden Nr. 45 „Naherholungskonzept Badesee“ einstimmig beschlossen. Bürgermeister Max Breitenbach hatte zuvor die Maßnahme begründet.

Die grundlegenden Ziele für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nieder-Roden Nr. 45 sind die Schaffung von Baurecht für Frei- und Naturräume zur Naherholung sowie von Bereichen für Freizeit und Sport für die Jugendlichen östlich des Rodgau-sees. Dazu kommen Verbesserungen der örtlichen Fuß- und Radwegführung und die Vernetzung zu den Stadtteilen Dudenhofen und Jügesheim sowie die Erhaltung bzw. Weiterentwicklung von Naturschutz und Biodiversität. Dazu sollen die vorhandenen Biotope im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nieder-Roden Nr. 45 planungsrechtlich langfristig geschützt werden.

Das Konzept der Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten stellt einen wichtigen Bestandteil des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK) dar, welches für das Stadtumbaugebiet "zwischen Rodau und Rodgau" im Rahmen des Städtebauförderprogramms "Stadtumbau in Hessen" erstellt wurde.

Die jüngere Bevölkerung Rodgaus äußert seit längerem den Wunsch nach einer Pump-Track Anlage. Die Stadtverordnetenversammlung hatte auf Anregung des Kinder- und Jugendparlaments bereits am 13.12.2021 (Drucksache 0514/2021) die Errichtung einer Pump-Track Anlage beschlossen.

Am 05.04.2023 fand zusätzlich am Bade-

See ein Charette-Verfahren mit Jugendlichen zum Thema Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten statt, an dem auch Bürgermeister Max Breitenbach teilnahm.

Die Grundlage für die ISEK-Maßnahme und für die Aufstellung des Bebauungsplanes bilden die Ergebnisse dieses Charette-Verfahrens. Die Pump-Track Anlage ist nur ein Bestandteil des Konzepts.

STADTHALLE FÜR RODGAU

Einstimmig, bei einer Enthaltung, beschlossen wurde auch ein gemeinsamer Prüfungsantrag der Koalitionsfraktionen CDU, SPD und FWR und der Grünen zum Bau einer zentralen Stadthalle für Rodgau.

Ursprünglich hatte das Thema die FDP-Fraktion mit einem Antrag auf die Tagesordnung gesetzt. Bereits im Haupt- und Finanzausschuss wurde in der Beratung deutlich, dass sowohl der Koalition wie auch den Grünen der Antrag der FDP nicht ausreichend erschien, sowohl Koalition wie Grüne legten eigene Anträge vor. Aus den beiden Anträgen wurde dann der gemeinsame Antrag formuliert, den die Stadtverordneten schließlich beschlossen.

Wichtig ist, neben der Zielsetzung („Der Bau einer zentralen Stadthalle für Rodgau wird geprüft. Der Magistrat wird beauftragt, die dafür notwendigen Grundlagen zu erarbeiten. Es sollen Veranstaltungsräume für Kultur- und Sportveranstaltungen, Messen oder Versammlungen wie z.B. Parteitage, einbezogen werden“) vor allem auch, dass zur Entscheidungsfindung ein abgestimmtes Gesamtkonzept unter Einbeziehung der bestehenden Bürgerhäuser und ggf. weiterer Räume, die öffentlich genutzt werden und deren jetzige und zukünftige Nutzung unter Einbeziehung der dazuge-

hörigen Grundstücke vorgelegt wird.

Auch das Angebot an Sporthallenflächen in Rodgau für Vereins- wie Schulnutzung soll gemäß Beschluss evaluiert werden. Darüber hinaus soll der Sachstand der bereits vorhandenen Räumlichkeiten in Bezug auf Verfügbarkeit, Eignung, mögliche Zuschauerzahlen und Kostenaufwand je Nutzungsstunde einbezogen werden sowie eine Analyse möglicher Optimierungen der vorhandenen Räumlichkeiten (z.B. Umbau, Erweiterung, etc.) mit zugehörigen Kostenschätzungen.

Für den möglichen Neubau einer Stadthalle sollen Bedarfsanalyse, Raumkonzept, Gastronomie, verkehrliche Anbindung (Straße, Fahrrad, ÖPNV) und eine darauf abgestimmte Kubatur mit einem Kostenrahmen für Investition und Betriebskosten vorgelegt werden. Dabei sollen Bau und Betrieb möglichst CO₂neutral erfolgen.

Der Magistrat soll bei diesem Verfahren auch die sport- und kulturtreibenden Vereine, Organisationen und Verbände und mögliche weitere zukünftige Nutzer in geeigneter Weise einbeziehen.

Zuvörderst wird ein Standort östlich der Rodgau-Ring-Straße und am Badesee gesucht, unter Berücksichtigung der notwendigen Stellplätze und mit einer vernünftigen verkehrlichen Anbindung.

Deutlich zum Ausdruck kam in den Beratungen auch, dass das Projekt für CDU und Koalition kein Schnellschuss werden soll. Der Magistrat soll den Stadtverordneten erstmals zum Sachstand vor der Sommerpause 2024 berichten und dann halbjährlich. Für die antragstellenden Fraktionen geht eindeutig Sorgfalt vor Eile.

Ob deshalb noch in dieser Wahlperiode der

Stadtverordnetenversammlung bis zum März 2026 umfassende Prüfungsergebnisse vorliegen, die als Entscheidungsgrundlage belastbar herangezogen werden können, muss zum heutigen Zeitpunkt offenbleiben.

Auch bezüglich der finanziellen Auswirkungen für die Stadt Rodgau lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht viel sagen. CDU-Fraktionsvorsitzender Clemens Jäger bezifferte die Herstellungskosten auf einen Betrag zwischen 10 und 30 Millionen Euro, je nach Nutzungsanforderungen und Bauausführung. Das wäre in der Tat ein großer Brocken für den städtischen Haushalt.

Wieso die FDP, just vier Monate nachdem die neue Koalition von CDU, SPD und FWR sich aufgemacht hat, die Zukunft Rodgaus erfolgreich zu gestalten, plötzlich einen Antrag um Thema Stadthalle einbringt, kann nur spekuliert werden. Offensichtlich war dabei aber ein Blick in die Koalitionsvereinbarung der neuen Partner hilfreich.

Dort heißt es im Punkt „**Stadthalle/Bürgerhäuser/Sporthallen/Rathaus**“: „Der Bau einer zentralen Stadthalle wird geprüft. Dafür wird ein Raumkonzept und eine Kostenschätzung erstellt sowie ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung der bestehenden Bürgerhäuser, deren zukünftige Nutzung unter Einbeziehung der dazugehörigen Grundstücke entwickelt. Die Prüfung möglicher Standorte soll sich zunächst auf den Bereich östlich an der Rodgau-Ring-Straße und am Badensee konzentrieren. Das Angebot an Sporthallenflächen in Rodgau für Vereins- wie Schulnutzung wird evaluiert.“

PRÜFUNGS-AUFTRAG FÜR EINE STÄDTISCHE WOHNUNGSBAUGESSELLSCHAFT

Auch die Fraktion von ZmB hat in die Koalitionsvereinbarung aufmerksam gelesen und ebenfalls ein Thema als Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. ZmB haben allerdings jüngst zu diesem Thema eine umfangreiche Anfrage gestellt, die sie als Ansatzpunkt für ihren Antrag sehen.

Letztlich haben sich Koalition und ZmB auf einen gemeinsamen Antrag verständigt, der von der Stadtverordnetenversammlung bei Enthaltung der Grünen und der

AfD gegen die Stimmen der FDP beschlossen wurde. Der gemeinsame Antrag im lautet:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Stadt Rodgau mehr Wohnungen bauen und die Verwaltung des Bestandes besser organisieren kann.

Dabei sollen die Möglichkeiten

- einer Wohnungsbaugesellschaft, insbesondere auch unter Einbeziehung Dritter und dafür geeignete Gesellschaftsformen,
- einer Realisierung von eigenen Wohnbauprojekten in Kooperation mit kommunalen, regionalen oder privaten Partnern (auch Genossenschaften),
- einer interkommunalen Zusammenarbeit in der Region,
- der Bereitstellung von Grundstücken,
- für Verbesserungen bei der Verwaltung und dem Unterhalt städtischer Wohnungen,
- der Zusammenführung weiteren städtischen Gebäudebestandes mit dem Wohnungsbestand und
- der finanziellen Auswirkungen der dargestellten Ergebnisse

geprüft und die Frage, ob für die Einbringung städtischen Gebäudebestandes Grunderwerbssteuer anfällt, geklärt werden.

Die Prüfung soll durch einen geeigneten Dritten (z.B. Wirtschaftsprüfer) extern erfolgen.“

Bereits im Jahr 2016 hatte die CDU-Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt.

... WEITERE BESCHLÜSSE ...

► **Dem Jügesheimer Mitbürger Willibald Sahm wurde einstimmig, ohne Aussprache, die Bürgermedaille in Silber verliehen.**

Willibald Sahm hat sich bereits 1973 als Mitgründer des „Guttempler in Deutschland I.O.G.T. e.V. Landesverband Hessen“ in besonderen Maßen verdient gemacht. Mit seiner Frau Edith und einigen Guttemplerfreunden hat er auch die Gruppe „Lauterborn“ gegründet. Seit 1994 ist die Gruppe „Lauterborn“ in der Stadt Rodgau tätig und hat ihren regelmäßigen

Treffpunkt am Bürgerhaus in Rodgau-Weiskirchen.

Willibald Sahm war von Anfang an bis zu seiner Amtsniederlegung am 31.12.2021 der „Hoch-Templer“, so heißt der Vorsitzende der Gemeinde. Damit war er der Dienstälteste „Hoch-Templer“ in Hessen.

► **Der Ausschuss zur Vergabe der Stromkonzession Rodgau Nord ist aufgelöst**, nachdem der Zuschlag an die Energieversorgung Offenbach AG (EVO) erfolgt ist und der Konzessionsvertrag zwischen EVO und Stadt abgeschlossen wurde.

Damit ist das unerfreuliche Kapitel formal beendet, die politische Aufarbeitung aber muss aus Sicht der CDU noch erfolgen.

► **Der Entwurf des Bebauungsplanes Jügesheim Nr. 55 „Zwischen Harzer Straße und Hunsrückstraße“ wurde gebilligt.**

Der Bebauungsplan schafft ein allgemeines Wohngebiet, bei dem die Frage der Innenverdichtung diskutiert worden ist. Trotz grundsätzlicher Bedenken hat die CDU zugestimmt.

Für die Innenverdichtung sollen jetzt für Rodgau verbindliche Regeln aufgestellt werden, die eine verträgliche Bebauung in solchen Gebieten zukünftig sicherstellen sollen. Ein Antrag der Koalition kommt.

► **Den Kauf und die Installation einer stationären Stromversorgungsanlage zur Sicherung der Stromversorgung innerhalb des Rathauses** mit einem Finanzierungsbedarf von 250 T€ wurde beschlossen.

► **Die Erweiterung des Postverteilungszentrums in Nieder-Roden kann kommen.**-Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nieder-Roden Nr. 42 wurde zu diesem Zweck beschlossen.

► **Mit großer Mehrheit über die Koalition hinaus wurde ein Antrag der Grünen den privaten Bau von Zisternen zu fördern abgelehnt.**

HINWEIS:

Am 04.09.2023 ist eine öffentliche Sitzung der CDU-Fraktion und/oder ein Termin „Fraktion vor Ort“ geplant, voraussichtlich im Stadtteil Dudenhofen. Alle CDU-Mitglieder erhalten eine Einladung.